

DISKUSSION UM EINFÜHRUNG VON KARENZTAGEN: KRANKHEITBEDINGTE KARENZTAGE SIND IN DEUTSCHLAND GRUNDSÄTZLICH NICHT RECHTENS.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Allianz-Chef Oliver Bäte hat dieser Tage die Einführung eines Karenztages für den ersten Tag einer Krankheit vor dem Hintergrund gefordert, dass die Krankheitstage pro Beschäftigten seit Jahren ansteigen.

„Die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist eine soziale Errungenschaft, die den Druck von Beschäftigten nimmt, aus finanziellen Gründen krank zur Arbeit zu gehen.“, erklärte Volker Geyer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, jüngst zu dieser Forderung. Geyer weiter: „Wer aus finanziellen Gründen krank zur Arbeit geht, gefährdet seine eigene Gesundheit, die der Kolleginnen und Kollegen, unterliegt einem höheren Risiko für Arbeitsunfälle und ist auch nicht produktiv.“

Die großen Arbeitgeberverbände üben sich zu dieser Frage in Zurückhaltung. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist eine solche Forderung haltlos. Bereits vor mehr als 30 Jahren scheiterte die Regierung von Helmut Kohl an der Kürzung der Lohnfortzahlung. Hinzu kommt, dass der Anstieg der Krankentage eher der präziseren Statistik als

einem wirklichen Anstieg an Erkrankungen geschuldet ist. Laut Bundesärztekammer und einer neuen Studie der Krankenkasse DAK Gesundheit ist eben nicht häufiges Blaumachen der Grund, sondern die neue digitale Krankmeldung, mit der nun alle Erkrankungstage erfasst werden. Hinzu kommt, dass im internationalen Vergleich der OECD-Länder in Deutschland die Krankentage weder besonders ansteigen noch über den Vergleichszahlen der anderen Länder liegen.

Insbesondere im öffentlichen Dienst und somit auch in den Einrichtungen der Justiz, den Gerichten und Staatsanwaltschaften, arbeiten schon heute viele Beschäftigte trotz einer akuten Erkrankung um die Mehrbelastung an Arbeit, die durch nicht besetzte Stellen in der Justiz begründet ist, nicht noch weiter für die Kolleginnen und Kollegen zu erhöhen.

Effektiv den Krankenstand zu senken, funktioniert nicht durch Sanktionen gegenüber den Beschäftigten, die heute schon mit all` ihren Kräften

den Apparat der Justiz aufrechterhalten und sich auch in Pandemiezeiten über Gebühr eingesetzt haben.

Effektive Maßnahmen wären, die tägliche Belastung der Kolleginnen und Kollegen zu reduzieren. Zu Erreichen ist das nur mit mehr Personal in Kombination mit einem weitreichenden Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie gründlicher Prävention.

Unreif ist auch der Vorschlag zu einem Karenztag auch aus volkswirtschaftlicher Sicht – denn die Konsequenz wäre eine noch stärkere Inanspruchnahme der ohnehin schon überlasteten Hausärztinnen und Hausärzte. Die Folge ist ein Anstieg der Kosten bei den Krankenkassen, auf die diese dann wieder mit Beitragserhöhungen reagieren werden.

Beatrix Schulze
Klaus Plattes
Bundesvorsitzende

Quelle: dbb newsletter Nr. 03/2025 vom 09.01.25

Mitglied werden!

DJG-Bundesvorsitzende
Beatrix Schulze & Klaus Plattes
c/o Bundesgeschäftsstelle
Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-Türkismühle

Vorteile einer Mitgliedschaft

Mitglied werden Sie bei dem Landesverband, in dessen Bundesland sich Ihre Dienststelle befindet. Bei den Landesverbänden können Sie sich im Vorfeld über Leistungen und die Höhe des Mitgliedsbeitrages informieren.

Solidargemeinschaft

Ihre Interessen werden von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 10.000 Mitgliedern wirksam vertreten.

Rechtsschutz

Die DJG gewährt ihren Mitgliedern kostenlosen Rechtsschutz für Fälle, die in Zusammenhang mit der beruflichen oder gewerkschaftlichen Tätigkeit stehen.

Seminare und Schulungen

Ihren Mitgliedern ermöglicht die DJG die Teilnahme an zahlreichen interessanten Seminaren und Personalratsschulungen, die von der dbb akademie und von den einzelnen Landesverbänden durchgeführt werden.

Unterstützung in berufsspezifischen Belangen

Neben Rechtsschutz in beruflichen Rechtsstreitigkeiten steht Ihnen als Mitglied jederzeit Beratung und Unterstützung in beamten- und tarifrechtlichen Fragestellungen zu.

Spezielle Angebote bzw. Leistungen

(z. B. Schlüsselversicherungen u. a.) sind in einigen Landesverbänden im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bitte entsprechend bei ihrem Landesverband erkundigen.

Angebote des dbb vorsorgewerkes

Weil die DJG eine Mitgliedsgewerkschaft des dbb beamtenbund und tarifunion ist, stehen Mitgliedern zahlreiche Vorteilsangebote starker Partner über das dbb vorsorgewerk offen. Dieses Angebot sichert günstige Konditionen mit qualifizierter Beratung.

Die Organisation der DJG basiert sehr stark auf dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder. Aus diesem Grund ist es der DJG möglich, den Mitgliedsbeitrag trotz der Vielzahl der Leistungen mitgliederfreundlich zu gestalten.

Beitrittserklärung und Einzugsermächtigung

Meinen Beitritt zur DJG Deutsche Justiz-Gewerkschaft,
Landesverband _____,

erkläre ich mit Wirkung zum 01. _____ . 20_____.

Zu- und Vorname

Straße und Hausnummer

PLZ und Wohnort

Geburtsdatum

Dienstbezeichnung

Telefon

Private E-Mail-Adresse (Pflichtangabe)

Dienstliche E-Mail-Adresse

Eintrittsdatum in die Justiz

Dienststelle

Beschäftigt bei: Ordentlicher Gerichtsbarkeit
 Fachgerichtsbarkeit
 Staatsanwaltschaft
 ambulanter Sozialer Dienst
 ITD

Teilzeit: Von _____ bis _____ Nein

Ich ermächtige den für mich zuständigen DJG Landesverband, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom zuständigen DJG Landesverband auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Name des Kontoinhabers

Kreditinstitut

IBAN / BIC

Ort, Datum und Unterschrift